



Nr. 316 | 04.10.2023

Polen-Analysen

Digitale Arbeitsplattformen in Polen und ihre Beschäftigten

■ ANALYSE	
Beschäftigungsverhältnisse über digitale Arbeitsplattformen in Polen	2
Dominik Owczarek, Małgorzata Koziarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau	
■ STATISTIK	
Beschäftigung über digitale Arbeitsplattformen in ausgewählten Ländern	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
19. September – 3. Oktober 2023	10

Beschäftigungsverhältnisse über digitale Arbeitsplattformen in Polen

Dominik Owczarek, Małgorzata Koziarek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

DOI: 10.31205/PA.316.01

Zusammenfassung

Eines der neuesten Phänomene am globalen Arbeitsmarkt der letzten zwei Jahrzehnte – so auch in der Europäischen Union – ist die dynamische Entwicklung digitaler Plattformen, die Dienstleistungen in fast allen Sektoren vermitteln: von Personentransport und Essenslieferungen über Programmierdienste, Übersetzungen oder Dateneingabe bis Beratungen in rechtlichen oder anderen Fragen. Dieser Text stellt Ergebnisse einer Untersuchung zur Plattformarbeit in Polen vor. Sie ermöglichen es, Ausmaß und Spezifik dieses Phänomens in Polen zu verstehen, und liefern eine Grundlage, um die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit zu bewerten. Der Text stützt sich dabei auf die Untersuchung des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts Don't Gig Up, Never! (siehe auch Informationen zum Projekt am Ende des Textes). Neben der Analyse der erhobenen Daten hat das ISP in Fallstudien drei digitale Arbeitsplattformen untersucht.

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission erbrachten 2022 bereits ca. 28 Millionen Personen Dienstleistungen durch Vermittlung von ca. 500 digitalen Plattformen. Für das Jahr 2025 wird von einem Anstieg auf ca. 43 Millionen ausgegangen (siehe hier und im Folgenden die Lesetipps am Ende des Textes). Zwischen 2016 und 2020 sind die Einkünfte in diesem Sektor fast um das Fünffache von drei Milliarden Euro auf ca. 14 Milliarden Euro gestiegen. Aktuell fehlen allerdings in einzelnen EU-Mitgliedsländern sowie EU-weit eindeutige Vorschriften, welche die neuen Geschäftsmodelle regeln und den Plattformbeschäftigten Sozialleistungen sowie Arbeitnehmerrechte garantieren. Die größte Herausforderung ist die Festlegung, ob die Dienstleister Arbeitnehmer oder unabhängige Konkurrenten sind, was entsprechende Verpflichtungen der digitalen Plattformen als Arbeitgeber nach sich ziehen kann. Ernste Zweifel wecken auch die Qualität der den Plattformbeschäftigten angebotenen Arbeit und die Beschäftigungsbedingungen. Hier geht es u. a. um Fragen wie das Fehlen geregelter bezahlter Optionen bei Krankheit und den eingeschränkten Zugang zu Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder zu Einkommensunterstützung. Weiter besteht die Notwendigkeit, Grundsätze für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) festzulegen, der realen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen hat. Als Antwort hat die Europäische Kommission im Dezember 2021 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Arbeitsplattformen arbeiten, vorgestellt. Die Verabschiedung einer Richtlinie ist für das zweite Halbjahr 2023 vorgesehen.

Das Ausmaß der Plattformbeschäftigung in Polen

Bisher wurden einige vertiefte quantitative und qualitative Untersuchungen – sowohl für Polen als auch interna-

tional vergleichend – durchgeführt, die es ermöglichen, ein detaillierteres Bild der Plattformarbeit zu erhalten, inklusiv der sozial-demographischen Struktur und der Arbeitsbedingungen. Obgleich unterschiedliche Methoden in den Untersuchungen angewandt wurden, sind die Ergebnisse relativ kohärent.

Stand 2023 gibt es in Polen weder ein Register noch eine allgemein zugängliche Datenbank für digitale Arbeitsplattformen, die als zuverlässige Informationsquellen für deren Tätigkeit genutzt werden könnten.

Untersuchungen in Polen

Im Jahr 2018 (Juli bis September) führte das Institut für Öffentliche Angelegenheiten die erste quantitative Erhebung zur Plattformarbeit in Polen an einer repräsentativen Probe (N=844) von Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren durch. Die Ergebnisse wurden in hohem Maße von späteren Studien in Polen bestätigt. Die Untersuchung ergab, dass elf Prozent der Befragten mindestens einmal in der Vergangenheit über eine digitale Arbeitsplattform tätig gewesen waren, aber nur vier Prozent gaben an, dass sie regelmäßig diese Arbeitsform ausüben. Letzteres findet sich in anderen ostmitteleuropäischen Ländern derselben Studie wieder: Bulgarien – drei Prozent, Tschechien – sechs Prozent, Nordmazedonien – neun Prozent, Kroatien – elf Prozent, Rumänien 14 Prozent. In Polen wurde Plattformarbeit häufiger von den jüngsten Befragten ausgeübt: von 22 Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahre und von 14 Prozent der 25- bis 34-Jährigen, wobei in beiden Altersgruppen 17 Prozent mit Grund- und Mittelschulbildung vertreten waren. Die Betroffenen wohnten häufiger in größeren Städten – 15 Prozent in Städten mit 200.000 bis 499.000 Einwohnern und 13 Prozent in Städten über 500.000 Einwohner. Auch die Beschäftigung in weniger stabilen Arbeitsverhältnissen kam bei ihnen häufiger

vor: 15 Prozent hatten befristete Arbeitsverträge, 14 Prozent waren selbständig und weitere 14 Prozent gehörten zur Gruppe derjenigen, die ohne Vertrag arbeiteten. Die Arbeit über digitale Arbeitsplattformen wurde überwiegend als zusätzliche Arbeit aufgefasst (71 Prozent), die von der deutlichen Mehrheit dieser Gruppe unregelmäßig ausgeübt wurde. Ein Drittel (31 Prozent) der Plattformbeschäftigten in Polen gab an, nicht imstande zu sein, die durchschnittliche Anzahl der Wochenarbeitsstunden zu schätzen, ein Viertel sagte, weniger als zehn Stunden wöchentlich gearbeitet zu haben. Ein weiteres Viertel gab zehn bis 20 Wochenstunden an, 14 Prozent zwischen 20 und 40 Stunden pro Woche und neun Prozent mehr als 40 Wochenstunden. Die angegebene Bezahlung war eher niedrig: 40 Prozent der über digitale Arbeitsplattformen Beschäftigten gaben Monatseinkünfte unter 1.000 Zloty (ca. 240 Euro) an, 26 Prozent zwischen 1.000 und 2.000 Zloty (ca. 240 bis 480 Euro), 18 Prozent zwischen 2.000 und 5.000 Zloty (ca. 480 bis 1.200 Euro) und neun Prozent hatten Einkünfte von mehr als 5.000 Zloty (ca. 1.200 Euro). Im Vergleich zu den anderen in der Untersuchung betrachteten Arbeitsformen wurde die Qualität der Tätigkeit von Plattformarbeit nahezu auf dem niedrigsten Niveau eingeordnet: Kombination mehrerer Jobs und Projekte (Portfolio-Arbeit) – 21,1 Punkte, Plattformarbeit – 21,5 Punkte, Gelegenheitsarbeit – 22,9 Punkte, Jobsharing – 25,1 Punkte und mobile Arbeit, gestützt auf Informationstechnologie – 25,4 Punkte.

Beręsewicz et al. (2021) führten eine quantitative Untersuchung durch, die sich auf aus Smartphones generierte Daten stützt, mit dem Ziel, das Ausmaß und die Dynamik der Plattformarbeit im Sektor Lieferservice Gastronomie (Bolt Courier, Takeaway, Glovo, Wolt) und Taxitransport (Bolt Driver, Free Now, iTaxi, Uber) in Polen zu schätzen (digitale Arbeitsplattformen in anderen Sektoren wurden nicht untersucht). Die Untersuchung zeigte, dass sich die Größe der beobachteten Gruppe zwischen Januar 2018 und Dezember 2020 knapp verdoppelte bzw. verdreifachte: von ca. 70.000 auf mehr als 130.000 im Transportsektor und von ca. 10.000 auf mehr als 30.000 im Zustellungssektor (siehe Grafik 1). Der Anstieg der Beschäftigtenzahl im Transportsektor wurde vor allem in Regionen außerhalb der Großstädte und in den Metropolregionen beobachtet, während die Nachfrage nach Lieferdiensten überwiegend in Städten anstieg. Die beobachtete Gruppe machte ungefähr 0,5 bis zwei Prozent der arbeitenden Bevölkerung in den neun größten polnischen, in die Untersuchung einbezogenen Städten aus; dabei waren die größten Gruppen, unabhängig vom Sektor, in Krakau (Kraków) und Warschau (Warszawa) tätig.

Die deutliche Mehrheit der Plattformbeschäftigten waren junge Männer (die Altersstruktur der Nut-

zer der entsprechenden Apps war dagegen in beiden untersuchten Dienstleistungskategorien unterschiedlich). Die Mehrheit der Kuriere (95 Prozent) war zwischen 18 und 30 Jahre alt. 50 bis 78 Prozent hatten die polnische Nationalität. Die ausländischen Beschäftigten waren mehrheitlich Ukrainer (20 bis 31 Prozent); andere Nationalitäten stellten maximal zehn Prozent (Belarussen, Russen, Inder, Bangladescher, Nepalesen). Eine Ausnahme zeigte sich beim Lieferdienst Wolt, wo sie fast 18 Prozent aller Plattformbeschäftigten stellten. Erstaunlich ist, dass Studenten selten unter den Beschäftigten der digitalen Arbeitsplattformen in den Sektoren Transport und Lieferdienste waren (bei Letzterem lag ihr Anteil geringfügig höher). Des Weiteren waren die Kuriere an Werktagen und tagsüber aktiver, während die Taxifahrer umgekehrt verstärkt an den Wochenenden und nachts tätig waren (siehe Tabelle 2).

Außerdem wurden qualitative Untersuchungen zum Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die Plattformarbeit in Polen durchgeführt. Dominika Polkowska untersuchte den Einfluss der ersten COVID-19-Welle auf die Kuriere von Glovo (es wurden 20 Onlineinterviews durchgeführt und 1.300 Posts in Internetforen zwischen März und Mai 2020 analysiert). Die Autorin weist darauf hin, dass Glovo einen deutlichen Entwicklungsschub während der Pandemie gemacht hat und dass manche Kuriere für Glovo zu arbeiten begannen, nachdem sie ihre Arbeit infolge der pandemiebedingten Krise verloren hatten (z. B. in der Reisebranche). Die Autorin schlussfolgert, dass die Kuriere keine negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihre berufliche Situation gespürt haben, weil die Verlagerung der Arbeit zwischen zwei Tätigkeiten vonstattenging, die in der Phase der Pandemie gleichermaßen unsicher wurden. Manche Kuriere äußerten sich zufrieden über ihre derzeitige Arbeit. Im Ergebnis erlaubte die Plattformarbeit den Menschen, in einer kritischen Situation eine neue Einkommensquelle zu finden. Wenn die Befragten auch zufrieden über die wachsende Anzahl von Lieferaufträgen waren, verstetigte sich doch der ungewisse Beschäftigungsstatus. Manche Kuriere äußerten Unzufriedenheit über fehlende Schutzmaßnahmen (z. B. Masken, Handschuhe), die von den Kurieren selbst übernommen werden mussten, während z. B. Glovo nur Ratschläge gab, wie eine Infektion vermieden werden könne.

Eine weitere Studie wurde von Muszyński et al. (2021) vorgelegt. Sie umfasst den Zeitraum von März bis Dezember 2020 und 30 Interviews mit Plattformbeschäftigten aus den Bereichen Lebensmittellieferungen, Übersetzungen und IT-Programmierung. Hier handelte es sich um Selbständige, die verschiedene Vertragsformen eingegangen sind – Arbeitsverträge ohne bzw. nur teilweise mit Sozialversicherung und Verträge über eine kurze (in der Regel sehr kurze) Lauf-

zeit. So hatten die Beschäftigten keinen arbeitsrechtlichen Schutz, insbesondere was die Arbeitszeiten, den Kündigungsschutz u.ä. betraf. Manche der Befragten hatten ihre Tätigkeit nicht angemeldet und befanden sich in einer Grauzone. Im Sektor der Lebensmittelzustellung waren die Beschäftigten bei Vermittlerfirmen angestellt, mit denen sie einen zivilrechtlichen Vertrag abschlossen. Obwohl die Arbeitnehmer das Recht hatten, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, war keiner der Interviewten Gewerkschaftsmitglied. Während der COVID-19-Pandemie standen die Plattformbeschäftigten großenteils außerhalb staatlich gewährter Unterstützungsmaßnahmen, mit Ausnahme derjenigen Selbständigen, die für eine begrenzte staatliche Unterstützung in Frage kamen. Die Mehrheit der Befragten nahm eine Tätigkeit über eine digitale Plattform während der COVID-19-Pandemie auf, um den Verlust der Kundschaft oder der Arbeitsstelle zu kompensieren. Die anfänglich wachsende Nachfrage nach Lebensmittellieferungen wurde durch den Zufluss neuer Arbeitskräfte ausgeglichen, wohingegen Übersetzer und selbständige IT-Fachleute nach Ausbruch der Pandemie einen Auftragseinbruch zu spüren bekamen. Alle Plattformbeschäftigten machten außerdem die Erfahrung einer zunehmenden Konkurrenz, niedrigerer Löhne, instabiler Vertragslaufzeiten und einer Intensivierung der Arbeit. Die digitalen Plattformen ordneten sich, unabhängig von der Vermittlerfirma, bis zu einem gewissen Grade die Beschäftigten unter, indem sie deren Kontrolle über die Arbeitszeiten sowie deren Autonomie bei der Wahl der Aufgaben und der Bezahlung einschränkten.

Muszyński et al. wiesen auf die große finanzielle Abhängigkeit von den Plattformen während der Pandemie hin. Sie hoben die eingeschränkten Möglichkeiten der Beschäftigten hervor, auf ihre Geschäftsbeziehungen zu den Klienten Einfluss nehmen sowie auf die Unmöglichkeit, Angebote neu zu verhandeln, wenn der Klient den tatsächlichen Arbeitsumfang verschleierte, des Weiteren auf die Notwendigkeit, übermäßigen Einsatz bei der Ausführung der Aufgaben zu zeigen, um gute Bewertungen zu bekommen.

Internationale Vergleichsstudien

Die einzige, auch Polen umfassende internationale Untersuchung, die sich auf internetgestützte Arbeit inklusiv Plattformarbeit konzentriert, haben Piasna und Drahoukoupil (2019) durchgeführt. Berücksichtigt wurde ein breiter Bereich bezahlter Tätigkeiten, die online gefunden oder ausgeführt werden konnten und die in der Regel über ein übliches Arbeitsverhältnis hinausgingen. Der Untersuchung zufolge haben in Polen nur 1,9 Prozent der Befragten versucht, über eine digitale Arbeitsplattform zu arbeiten, während 33,3 Prozent bereits irgendeine Arbeit im Internet ausgeführt haben.

Eine regelmäßige Arbeit über eine Plattform (mindestens einmal wöchentlich) haben knapp 0,4 Prozent ausgeführt, und eine regelmäßige Arbeit im Internet allgemein nur 3,6 Prozent. Das Ausmaß der Plattformarbeit in Polen war deutlich geringer als in anderen mittelosteuropäischen Ländern, die auch untersucht wurden. Betrachtet man aber die regelmäßige Tätigkeit über eine digitale Arbeitsplattform (»mindestens einmal monatlich« oder »mindestens einmal wöchentlich«), ist das Ausmaß der Beschäftigung zwischen den Ländern der Region vergleichbar, aber auch sehr gering.

Im Frühjahr 2021 wurde ein zweiter Durchlauf dieser Untersuchung durchgeführt und eine größere Anzahl von Ländern betrachtet: In Bulgarien, Deutschland, Estland Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Spanien, Tschechien und Ungarn wurden insgesamt 24.108 Personen befragt (Piasna et al., 2022). Im Vergleich zur ersten Studie wurde in Polen ein leichter Anstieg sowohl bei der Tätigkeit mittels Internet (37,3 Prozent) als auch bei der Arbeit über eine digitale Arbeitsplattform (2,9 Prozent) festgestellt (s. Tabelle 3).

Im Gegensatz zu anderen Forschungsprojekten (Pesole et al. 2018, Huws et al. 2019) zeigt die Untersuchung, dass das Durchschnittsalter der Plattformbeschäftigten nur wenig jünger war als das derer, die nicht über eine digitale Plattform arbeiteten (s. Tabelle 4). Studenten waren allerdings unter den Plattformbeschäftigten überrepräsentiert, unabhängig vom Land. In Bezug auf die Ausbildung bestanden keine größeren Unterschiede zwischen den regelmäßig über eine digitale Plattform Beschäftigten (»mindestens einmal jährlich«) und den anderen Kategorien. Das durchschnittliche Bildungsniveau der Personen, die über eine digitale Plattform beschäftigt waren, war etwas niedriger, der Unterschied ist allerdings nicht groß. Die Untersuchung zeigt, dass zwischen den Geschlechtern ebenfalls keine großen Unterschiede bestanden und das allgemeine Muster am konventionellen Arbeitsmarkt widerspiegelt wurde: Frauen sind in der Kategorie Dienstleistungen und selbständige Tätigkeiten mit 73 Prozent überrepräsentiert sowie mit 59 Prozent bei selbständiger Tätigkeit in Form von kurzen Arbeitsaufträgen und »Arbeit auf Abruf« (z. B. Kinderbetreuung, Hausaufgabenhilfe). Männer sind dagegen bei kreativer Arbeit und im Bereich Informatik mit 57 Prozent stärker vertreten, einer Kategorie, die qualitativ hochwertigere Fähigkeiten erfordert und eine bessere Bezahlung bietet. Unter den regelmäßig über eine Plattform Beschäftigten (»mindestens einmal jährlich«) wurde ein leichtes Ungleichgewicht zugunsten der Männer (58 Prozent) festgestellt.

Die Untersuchung zeigt auch, dass die Arbeit mittels Internet, darin enthalten die Plattformarbeit, eine nur gelegentliche Tätigkeit ist. 61,1 Prozent derer, die in

Polen über das Internet arbeiteten, gaben fehlende Einnahmen im Jahr 2022 an. Nur 6,6 Prozent teilten mit, dass sie Jahreseinkünfte von mehr als 200 Euro hatten. Die digitale Plattformarbeit machte nur bei fünf Prozent aller Plattformbeschäftigten in Polen ungefähr die Hälfte des Monatseinkommens aus, ein Viertel des Monatseinkommens bei zehn Prozent und fast nichts bei mehr als 63 Prozent. Keine Einnahmen gemacht zu haben, gaben 17 Prozent der Befragten an, und keiner erklärte, dass sämtliche oder fast alle Einkünfte aus der Arbeit über digitale Plattformen kommen (s. Grafik 2).

Geschäftsmodelle der digitalen Plattformarbeit in Polen

Informationen zu den Geschäftsmodellen der Plattformarbeit liefern die folgenden Beispiele, die im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts »Don't GIG Up, Never!« analysiert wurden. Dabei wurde sowohl die online ausgeübte Plattformarbeit untersucht als auch die, die vor Ort getan wurde, sowie auch das Crowdworking, d. h. ein Arbeitsmodell, bei dem kleinere Aufgaben gleichzeitig an sehr viele Einzelne vergeben werden.

Die Plattform Fixly.pl stellt den Zugang zu Auftragsarbeiten, die v.a. lokal ausgeübt werden, wobei sowohl körperlich als auch geistig arbeitende Menschen angesprochen werden. Die Plattform deckt ein breites Spektrum an Fertigkeiten und Berufen ab, von Reinigungspersonal über Klempner und Elektriker bis zu Lehrern, Architekten und Juristen. Die Kategorien der angebotenen Arbeiten umfassen Haus und Garten (u. a. Entwurf, Bau, Innenausstattung, Montage, Renovierung, Pflege); Autoservice und -reparatur; Transport; Organisation von Veranstaltungen; Gesundheit und Beauty; Schulungen, Ausbildung und Übersetzungen; finanzielle und rechtliche Beratung; Grafik, Layout und Druck. Andere Plattformen mit ähnlichem Angebot und/oder vergleichbarer Tätigkeitsweise sind Oferteo.pl und Zleca.pl. Letztere bietet einen Schätzwert für die gebuchte Tätigkeit an und veröffentlicht preisliche Staffeln für die verschiedenen Dienstleistungsarten.

Verschiedene online-Tätigkeiten aus dem kaufmännischen Bereich lassen sich mit Hilfe der Plattform Useme.eu finden, einer Arbeitsplattform für Selbständige. Angeboten werden Aufträge in den Kategorien Webseiten und online-Shops; IT und Programmierung; Multimedia und Fotografie; Büroaufgaben; Texte schreiben, Suchmaschinenoptimierung und soziale Medien; Grafik, Design und Architektur; Aufgaben für Studierende. Reachablogger.pl wiederum ist eine Plattform, die sich darauf spezialisiert, Influencer und Anbieter von Werbung zusammenzubringen. Die Kommunikation und finanzielle Transaktion zwischen den beiden Seiten läuft durch Vermittlung der Plattform ab. Ähnliche Plattformen sind Linkhouse.pl und Whitepress.pl. Letztere

öffnete sich auch zum internationalen Markt und bietet Aufträge nicht nur für Herausgeber, sondern auch für Journalisten an und neben kostenpflichtigen Schulungen auch kostenlosen Zugang zu Artikeln und Webinaren.

Eine Plattform, die sich aufs Crowdsourcing stützt, ist TaskHero, die von der Gesellschaft TakeTask betrieben wird. Sie vergibt Mikroaufträge (z. B. Fotos in Geschäften machen, Produktpreise liefern zwecks Vergleichs), die für die Klienten von TakeTask von vielen Usern an vielen verschiedenen Orten gleichzeitig erfüllt werden. Das globale Pendant ist die auch in Polen bekannte App BeMyEye, die von Google gesteuert wird.

Die hier genannten Plattformen stellen drei Geschäftsmodelle dar, die auf dem polnischen Markt anzutreffen sind (die Bereiche Personentransport und Kurierdienste werden für das Folgende nicht berücksichtigt). Beim ersten Modell, zu dem Fixly.pl und Oferteo.pl gehören, bezahlt der bei der Plattform registrierte Auftragnehmer für den zeitlich befristeten Zugang zu den dort aufgeführten Angeboten, d. h. den Dienstleistungsanfragen. Die Nutzungsgebühr kann auch regeln, wie viele Angebote dem potentiellen Auftragnehmer zugänglich gemacht werden und auf wie viele er antworten kann. Bei diesem Modell hält sich die Plattform aus der Vertragsbeziehung zwischen dem Anbieter der Dienstleistung und dem Klienten, also dem Dienstleistungsnahmer, sowie aus den Vertragsbedingungen heraus. Die Plattform übernimmt auch weder die Verantwortung für die Richtigkeit der angegebenen Informationen noch für die Qualität der vertraglich vereinbarten Dienste. Was dieses Modell von einem online-Inseratservice unterscheidet, ist, dass ein Algorithmus eingesetzt wird, um Auftrags- und Angebotsanfragen zusammenzubringen und die Nutzungsgebühr festzulegen.

Bei dem zweiten Geschäftsmodell nimmt die Plattform eine Provision vom Honorar des Ausführenden für die von ihr erfolgreich vermittelte Dienstleistung. Dieses Modell nutzen Plattformen, die Influencer oder Journalisten mit Anbietern von Werbung zusammenbringen: Beispielsweise nimmt Reachablogger.pl eine pauschale Gebühr in Höhe von 15 Prozent; Whitepress.pl nimmt 20 Prozent beim ersten Auftrag und bei allen weiteren Aufträgen für denselben Klienten zehn Prozent. Bei diesem Geschäftsmodell rechnet die Plattform mit den beiden Seiten über das Transaktionssystem Escrow oder ein vergleichbares System ab, d. h. der Auftraggeber zahlt der Plattform, wenn er sein Gesuch aufgibt, während der Ausführende von der Plattform nach Erfüllung des Auftrags und Bestätigung durch den Klienten bezahlt wird. Die Plattform ist der alleinige Kommunikationskanal zwischen den beiden Geschäftspartnern. Useme.eu, eine Plattform für Freelancer, die ebenfalls nach diesem Modell tätig ist, verdient zusätzlich daran, Rechnungen im Namen des betreffenden Anbieters (des

Freelancers) auszustellen, wenn er keine registrierte wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, aber eine Rechnung für die Abrechnung mit seinem Klienten braucht.

Das dritte Modell, das TaskHero repräsentiert, konzentriert sich auf die beiderseitigen Beziehungen zwischen der Plattform und den Auftragnehmern, den sogenannten »Agenten«. Die Agenten werden im Rahmen zivilrechtlicher Verträge (automatisch erneuertes Vertrag über eine Auftragsarbeit bzw. Werkvertrag) bezahlt. Die Gesellschaft, die die Plattform betreibt, hat den Status einer Vermittlungsagentur für befristete Arbeitsverträge. Die Auftragsarbeiten werden entsprechend einer von TaskHero festgesetzten Gebühr bezahlt, wobei die Plattform keine Provision nimmt und die Registrierung der Agenten kostenlos ist. Die Plattform verdient an der Ausführung von Dienstleistungen, u. a. für Unternehmen im Bereich Konsumgüter des täglichen Bedarfs (Fast Moving Consumer Goods), sowie am Zugang zu Marketinginformationen, die sie von den Agenten mit Hilfe der TaskHero-App erhält.

Bei keinem der hier dargestellten Modelle wird die Plattformarbeit auf der Basis eines regulären Arbeitsvertrags geleistet. Die beiden erstgenannten Modelle stützen sich auf die Tätigkeit einer Person mit dem Status eines Selbständigen (die ihre Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge selbst leistet), wengleich da, wo sich die Rolle der Plattform nur auf die Vermittlung beschränkt (erstes Modell), auch Fälle von nicht registrierter Tätigkeit vorkommen können. Wenn die Einnahmen der Plattform durch Provisionen aus der Bezahlung des Dienstleisters generiert werden, sind beide Seiten daran interessiert, dass diese möglichst hoch ist (zweites Modell), d. h. es liegt im Interesse der Plattform, dass die Dienstleister qualitativ miteinander konkurrieren. Dagegen motiviert das erste Modell stärker dazu, dass die Auftragnehmer preislich miteinander in Konkurrenz treten. Beim dritten Modell legt die Plattform die Gebühren fest

und die soziale Absicherung (in reduzierter Form) steht dem Dienstleister nur im Falle eines Vertrags über eine Auftragsarbeit zu – dann liegt die Pflicht, den Sozialversicherungsanteil für den Auftragnehmer abzuführen auf Seiten des Auftraggebers, also der Plattform. Wenn die ausgeführte Arbeit ein materielles Ergebnis zeitigt, wird routinemäßig ein Werkvertrag ausgestellt, für den keine Sozialversicherungsabgaben abgeführt werden.

Ergebnisse

Ogleich der Anteil der Plattformarbeit am Arbeitsmarkt in Polen immer noch klein ist und sie eher den Charakter einer Gelegenheitsarbeit hat, hat sie es geschafft, in die unterschiedlichsten Dienstleistungsbereiche vorzudringen. Die Plattformen bieten Arbeiten sowohl für körperlich als auch für geistig arbeitende Menschen an, die physisch vor Ort oder aus der Ferne online ausgeführt werden.

In den im Projekt »Don't GIG Up, Never« untersuchten digitalen Plattformen richtet sich das Angebot zur Zusammenarbeit in der Regel an Selbständige. Dank der Plattform erhalten sie Zugang zu den Aufträgen und Klienten (eine Ausnahme ist hier TaskHero). Bei diesem Modell werden die Sozialversicherungsabgaben dem Selbständigen überantwortet, was für die Plattformen attraktiv ist. Wichtig ist jedoch, dass dieses Modell nicht überstrapaziert wird und nicht zu fiktiver Selbständigkeit führt. Ähnlich wichtig ist es, dass die Plattformbeschäftigten eine entsprechende soziale Absicherung erhalten und ihnen da das Arbeitsrecht gewährt wird, wo die Plattform die Rolle des Arbeitgebers einnimmt.

Zurzeit gibt es keine eindeutigen Lösungen, die solchen Schutz garantieren würden. Es steht zu erwarten, dass die Annahme der EU-Direktive zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Arbeitsplattformen arbeiten, viele Fragen und Probleme lösen wird.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über das Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt »Don't Gig Up, Never!« wurde in den Jahren 2021 bis 2023 von Forschungseinrichtungen und Gewerkschaftsverbänden in sieben EU-Mitgliedsländern (Deutschland, Estland, Frankreich, Italien, Polen, Schweden und Spanien) unter der Leitung der Fondazione Giacomo Brodolini (Italien) durchgeführt. Das Projekt wurde aus Mitteln der Europäischen Kommission (Improving Expertise in the field of Industrial Relations) finanziert. Weitere Informationen unter: <http://www.dontgigup.eu/> sowie <https://www.isp.org.pl/pl/projekty/don-t-gig-up-never> (abgerufen am 28.09.2023).

Über die Autoren

Dominik Owczarek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Direktor des Programms Sozialpolitik am Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (Instytut Spraw Publicznych – ISP, Warszawa). Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragen des Arbeitsmarktes und der soziale Dialog. Er ist Mitglied in verschiedenen europäischen Organisationen, die sich mit sozialen und Arbeitsmarktthemen sowie Arbeitnehmerfragen beschäftigen.

Małgorzata Koziarek ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin am Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau (Instytut Spraw Publicznych – ISP, Warszawa). Ihre Forschungsgebiete sind Sozialpolitik, neue Arbeitsformen, soziale Teilhabe bei öffentlichen Entscheidungen, nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik.

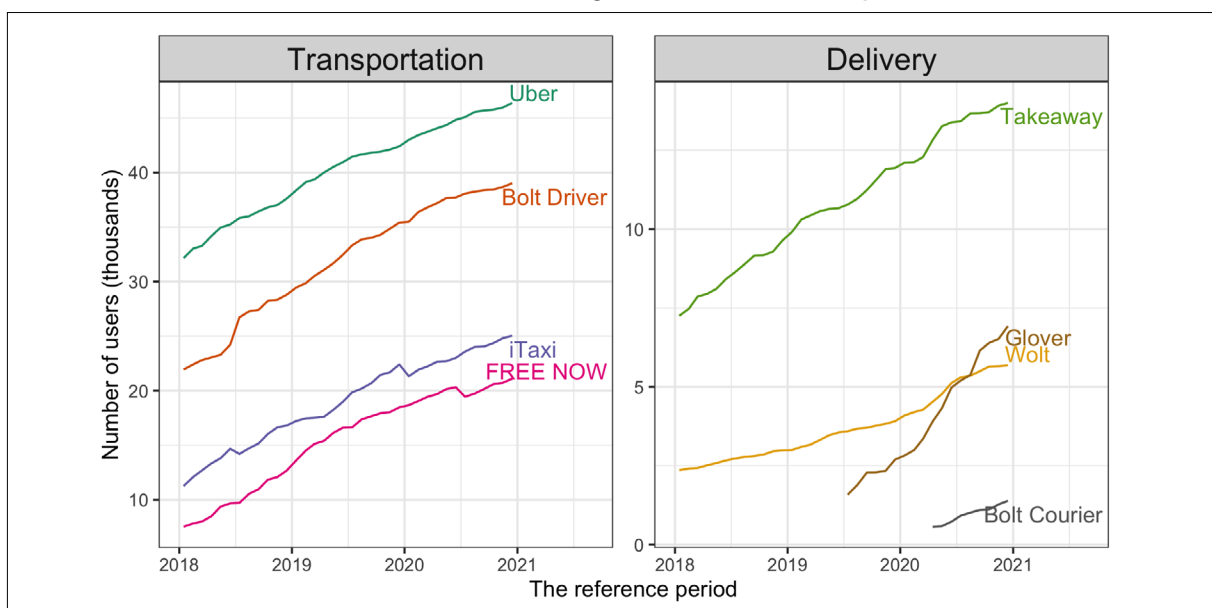
Lesetipps

- Alexandru, V.; Johari, A.; Moraru, A.: The new forms of employment. A comparative report. Bucharest: Institute for Public Policy 2019.
- Beręsewicz, M.; Nikulin, D.; Szymkowiak, M.; Wilak, K.: The gig Economy in Poland: evidence based on mobile big data. (2021) arXiv:2106.12827v1 [econ.GN] 24 Jun 2021.
- Europäische Kommission: Vorschläge der Kommission zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Arbeitsplattformen arbeiten. Pressemitteilung vom 9. Dezember 2021, Brüssel. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6605 (abgerufen am 28.09.2023).
- Huws, U.; Spencer, N.H.; Coates, M.: The platformisation of work in Europe. Highlights from research in 13 European countries. FEPS 2019.
- Muszyński, K.; Pulignano, V.; Domecka, M.; Mrozowicki, A.: Coping with precarity during COVID-19: A study of platform work in Poland. *International Labour Review* 161, Nr. 3 (2022).
- Owczarek, D.: New Forms of Work in Poland. Warsaw: Institute of Public Affairs 2018.
- Pesole, A.; Urzi Brancati, M.C.; Fernández-Macías, E.; Biagi, F.; González Vázquez, I.: Platform Workers in Europe. Evidence from the COLLEEM Survey. European Union 2018.
- Piasna A.; Drahokoupil J.: Digital labour in central and eastern Europe: evidence from the ETUI Internet and Platform Work Survey. Brussels: ETUI. Working Paper 2019.12.
- Piasna, A.; Zwysen, W.; Drahokoupil J.: 2022. 'The platform economy in Europe. Results from the second ETUI Internet and Platform Work Survey'. Brussels: ETUI. Working Paper 2022.05.
- Polkowska, D.: Platform work during the COVID-19 pandemic: A case study of Glovo couriers in Poland. In: *European Societies*, 23:sup1 (2021), S. 321–331.
- Rat der Europäischen Union: EU-Vorschriften zur Plattformarbeit. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/platform-work-eu/> (abgerufen am 28.09.2023).

STATISTIK

Beschäftigung über digitale Arbeitsplattformen in ausgewählten Ländern

Grafik 1: Polen: Anzahl der aktiven Plattformbeschäftigten in den Sektoren Transport und Lieferdienst, 2018–2020*



*ausgewählte Firmen

Quelle: Beręsewicz, M.; Nikulin, D.; Szymkowiak, M.; Wilak, K.: *The gig Economy in Poland: evidence based on mobile big data.* (2021) arXiv:2106.12827v1 [econ.GN] 24 Jun 2021. Mit freundlicher Genehmigung der Autoren.

Tabelle 2: Polen: Demografische Kennzeichen der Plattformbeschäftigten in den Sektoren Transport und Lieferdienst (2020, %)

	Geschlecht		Altersgruppe			Nationalität			Student	Elternteil eines Kindes im Alter von:	
	Männer	Frauen	18-30	31-50	51-64	polnisch	ukrainisch	andere		0-4 Jahre	5-10 Jahre
Transport											
Uber	88,0	12,0	49,2	46,4	4,4	66,0	24,1	9,8	2,7	3,5	3,1
Bolt	86,3	13,7	56,2	37,8	6,0	65,5	26,1	8,5	3,1	4,4	1,9
FREE NOW	88,6	11,4	40,1	52,4	7,5	76,8	21,7	1,5	0,8	2,0	3,2
iTaxi	88,7	11,3	28,2	58,1	13,7	77,9	20,2	2,0	4,4	0,6	1,1
Lieferdienst											
Takeaway	89,7	10,3	94,6	4,5	0,9	62,1	31,1	6,7	8,1	8,1	1,6
Glovo	93,8	6,2	94,1	5,7	0,2	61,6	27,5	10,8	7,8	7,8	1,4
Wolt	92,3	7,7	95,7	2,9	1,4	54,2	28,4	17,5	7,9	8,0	1,5
Bolt Courier	94,7	5,3	100,0	-	-	62,3	27,5	10,2	0,0	0,0	0,0

Quelle: Beręsewicz, M.; Nikulin, D.; Szymkowiak, M.; Wilak, K.: *The gig Economy in Poland: evidence based on mobile big data.* (2021) arXiv:2106.12827v1 [econ.GN] 24 Jun 2021.

Tabelle 3: Häufigkeit und Umfang der Internetarbeit und der Plattformarbeit in fünf mittelosteuropäischen Ländern (%)

Arbeit über das Internet							
	Mindestens ein Versuch		Mindestens einmal monatlich		Mindestens einmal wöchentlich		Mindestens 50 % des Einkommens in den letzten 12 Monaten
	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	
Bulgarien	19,2	13,9	2,8	2,6	1,3	1,2	2,9
Lettland	17,6	7,6	3,9	3,2	2,0	1,8	1,7
Polen	33,3	20,2	7,3	4,7	3,6	3,0	Nicht verfügbar
Slowakei	32,1	28,7	5,4	5,1	2,3	2,3	0,9
Ungarn	20,0	13,1	4,4	3,7	2,1	2,1	2,5
Arbeit über digitale Plattformen							
	Mindestens ein Versuch		Mindestens einmal monatlich		Mindestens einmal wöchentlich		Mindestens 50 % des Einkommens mit der letzten ausgeübten Plattformarbeit
	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	Irgendeine	Ohne Verkauf von eigenem Eigentum	
Bulgarien	4,4		1,5		0,8		1,1
Lettland	4,0		0,8		0,5		0,7
Polen	1,9		0,4		0,4		0,1
Slowakei	7,1		1,1		0,4		1,0
Ungarn	7,8		3,0		1,9		3,4

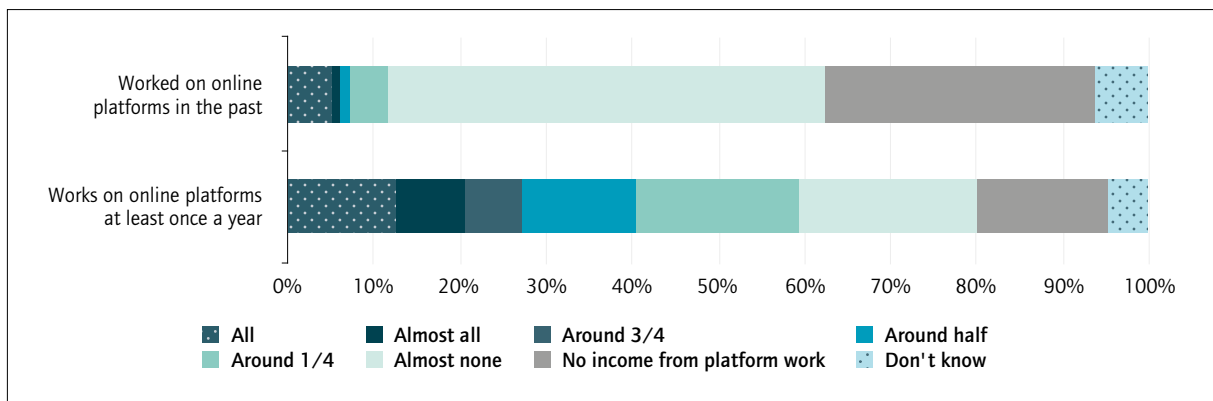
Quelle: Piasna A.; Drahoukoupil J.: *Digital labour in central and eastern Europe: evidence from the ETUI Internet and Platform Work Survey.* Working Paper 2019.12, ETUI. Brussels.

Tabelle 4: Das Durchschnittsalter der Plattformbeschäftigten im Vergleich zu den übrigen Befragten

Plattformarbeit			
	Mindestens einmal jährlich	In der Vergangenheit	Nie
Bulgarien	36,5	34,8	41,2
Lettland	36,7	37,0	41,8
Polen	39,4	33,2	42,1
Slowakei	36,4	39,1	41,6
Ungarn	38,6	40,6	42,5
Insgesamt	37,5	37,7	41,8

Quelle: Piasna A.; Dražokoupił J.: Digital labour in central and eastern Europe: evidence from the ETUI Internet and Platform Work Survey. Working Paper 2019.12, ETUI. Brussels.

Grafik 2: Anteil der Plattformarbeit am monatlichen Einkommen der Befragten (%)*



*Befragte in Bulgarien, Lettland, Polen, der Slowakei und Ungarn, die angaben, mindestens einen Versuch unternommen zu haben, Plattformarbeit auszuüben.
 Quelle: Piasna A.; Dražokoupił J.: Digital labour in central and eastern Europe: evidence from the ETUI Internet and Platform Work Survey. Working Paper 2019.12, ETUI. Brussels. Mit freundlicher Genehmigung der Autoren.

CHRONIK

19. September – 3. Oktober 2023

19.09.2023	Bundesinnenministerin Nancy Faeser telefoniert mit ihrem polnischen Amtskollegen Mariusz Kamiński, außerdem findet auch ein Gespräch zwischen dem polnischen Botschafter Dariusz Pawłóś und Staatssekretär Bernd Krösser im Bundesinnenministerium statt. Anlass ist die sogenannte Visa-Affäre. Es geht darum, dass polnische diplomatische Vertretungen in Ländern Afrikas sowie Asiens gegen Bestechungsgeld die Ausgabe von Visa beschleunigt haben sollen. In Deutschland besteht die Sorge, eine mögliche massenhafte unberechtigte Ausgabe von Schengen-Visa durch Polen könne dazu führen, dass viele Menschen nach Deutschland weiterreisen. In Polen ermittelt seit letzter Woche die Staatsanwaltschaft gegen sieben Verdächtige, drei Personen wurden festgenommen.
20.09.2023	In einem Interview des TV-Senders Polsat News kritisiert Ministerpräsident Mateusz Morawiecki scharf den Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj. Dieser hat in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am Vortag gesagt, es sei beunruhigend, dass Freunde der Ukraine in Europa Solidarität vorspielen und bei ukrainischen Getreidelieferungen einen Thriller inszenieren würden. Damit würden sie Moskau den Weg bereiten, so Präsident Selenskyj, dessen Land sich in einem Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet. Der Hintergrund für Selenskyjs Aussage ist, dass Polen und weitere EU-Länder letzte Woche selbständig den von der Europäischen Kommission verhängten Importstopp für ukrainisches Getreide verlängert haben, um dem Preisverfall an den heimischen Märkten entgegen zu wirken. Morawiecki weist Selenskyjs Äußerung entschieden zurück und spricht eine »Warnung« aus, dass die Ukraine der russischen Propaganda keinen Anlass geben solle, Uneinigkeit zwischen ihren beiden Staaten zu stiften. Polen habe über seinen Schritt, das Embargo zu verlängern, im Vorfeld informiert. Es könne nicht sein, dass ukrainische Oligarchen den polnischen Markt destabilisieren. Weiter sagt Morawiecki, dass Polen keine Waffen mehr an die Ukraine liefern werde, da Polen aktuell in schnellem Tempo seine eigene Armee modernisiere. Darüber hinaus wird der Botschafter der Ukraine in Polen, Wassil Swarytsch, in das Außenministerium einbestellt. Unterstaatssekretär Paweł Jabłoński übermittelt den entschiedenen Protest gegen Selenskyjs Äußerung und betont die Hilfe, die Polen der Ukraine seit dem ersten Tag des russischen Angriffskrieges geleistet hat.
21.09.2023	Regierungssprecher Piotr Müller präzisiert die Aussage von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vom Vortag, der Ukraine keine Waffen mehr zu liefern, dahingehend, dass Polen der Ukraine nur noch die bereits zugesagten Waffen liefern werde. Der Hintergrund für Morawieckis Reaktion ist, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vor zwei Tagen in seiner Rede vor den Vereinten Nationen in New York Polen eine nur gespielte Solidarität mit der von Russland überfallenen Ukraine vorgeworfen und Polen für seine selbständige Verlängerung des Importstopps für ukrainisches Getreide kritisiert hat.
22.09.2023	Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Świdnik sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Polen helfe der Ukraine, gegen die Russland einen Angriffskrieg führt, mit Waffen sowie damit, Waffenlieferungen für die Ukraine zu organisieren, da Polen aktuell selbst seine Armee modernisiert. Weiter fordert Morawiecki den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf, die Polen nie wieder zu beleidigen, wie Selenskyj es diese Woche in seiner Rede vor den Vereinten Nationen in New York getan habe. Die Verteidigung des guten Rufes Polens sei die wichtigste Aufgabe der polnischen Regierung. Polen werde in der aktuellen geopolitischen Situation alle seine Rechte verteidigen. Selenskyj hatte Polen vorgeworfen, dass seine Solidarität mit der Ukraine nicht echt sei, worauf der von Polen selbständig verlängerte Importstopp für ukrainisches Getreide hinweise.
23.09.2023	Bundeskanzler Olaf Scholz fordert von Polen Aufklärung über mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Visa-vergabe polnischer diplomatischer Vertretungen in Afrika und Asien. Er wolle nicht, dass aus Polen Migranten einfach nach Deutschland durchgewinkt würden, sagt Scholz auf einer SPD-Veranstaltung. Hintergrund ist, dass polnische diplomatische Vertretungen in afrikanischen und asiatischen Ländern Schengen-Visa gegen Bestechungsgelder ausgegeben haben sollen.
24.09.2023	Außenminister Zbigniew Rau schreibt auf der Nachrichtenplattform X, mit seiner Äußerung am Vortag habe sich Bundeskanzler Olaf Scholz in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt. Er ruft Scholz auf, die Souveränität Polens zu respektieren und von Äußerungen Abstand zu nehmen, die den gegenseitigen Beziehungen schaden. Scholz hat die polnische Regierung am Vortag aufgefordert, die Visaaffäre aufzuklären, wonach polnische diplomatische Vertretungen in Afrika und Asien Schengen-Visa gegen Bestechungsgeld ausgegeben haben sollen. Damit könnten Migranten von Polen ungehindert nach Deutschland weiterreisen.

26.09.2023	Die Vertreter der Landwirtschaftsministerien der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) appellieren auf ihrem Treffen in Znojmo (Tschechische Republik) an die Ukraine, die Klage vor der Welthandelsorganisation (WHO) gegen den von Polen, der Slowakei und Ungarn verlängerten Importstopp für ukrainisches Getreide zurückzuziehen und eine Lösung im Dialog zu suchen. Die Länder haben das von der EU verhängte Einfuhrverbot verlängert, da sie befürchten, dass andernfalls wieder ein Preisverfall für heimisches Getreide einsetzen wird. Die Europäische Kommission hat letzte Woche bereits zugesagt, dass sie Polen, die Slowakei und Ungarn vor der WHO vertreten wird.
27.09.2023	Bundesinnenministerin Nancy Faeser teilt mit, dass die Bundespolizei ab sofort zusätzlich zur Schleierfahndung verstärkte Schwerpunktkontrollen an den Schleuserouten an den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien durchführt. Damit soll die sich verschärfende Schleuserkriminalität frühzeitig erkannt und unterbunden werden. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen Faeser und dem polnischen bzw. tschechischen Innenministerium.
29.09.2023	Laut aktuellen Daten des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Inflationsrate im September 8,2 %. Im Vergleich zum August fiel sie um 0,4 %.
01.10.2023	In Warschau nehmen am »Marsch der Millionen Herzen« ca. eine Million Menschen aus ganz Polen teil. Die Initiative ging von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk an der Spitze aus, weitere Oppositionsparteien haben sich angeschlossen. Der Marsch soll ein Zeichen gegen die Regierungspolitik von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sein, insbesondere gegen den seit acht Jahren währenden Umbau des Staates, Vetternwirtschaft und Konflikte mit der Europäischen Union. In Polen wird in zwei Wochen ein neues Parlament gewählt.
02.10.2023	Nach neuesten Angaben von Eurostat betrug die Arbeitslosenquote in Polen im August saisonbereinigt 2,8 % (EU 5,9 %; Eurozone 6,4 %). Gegenüber Juli 2023 gab es in Polen keine Veränderung.
03.10.2023	Das Innenministerium kündigt an, dass ab dem nächsten Tag vorübergehend Personenkontrollen an der polnisch-slowakischen Grenze für Einreisende nach Polen eingeführt werden. Die Grenze darf nur an bestimmten Übergängen überquert werden. Die Grenzkontrollen seien eine Reaktion auf die illegale Migration über die sog. Balkanroute.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

X, TWITTER, TWEET, RETWEET und das X Logo sind eingetragene Markenzeichen von X-Corp. oder angeschlossenen Unternehmen.